



Niederschrift

10. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.04.2009
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	19:43 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	Teilnahme bis 19:00 Uhr
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Ewers, für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Heuer, Fraktion DIE LINKE
Herr Boede, Die Andere
Herr Müller-Zinsius, Pro Potsdam
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Herr Zeretzke, 111
Frau Kosel, Personalrat
Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.04.2009

- 2 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas
Vorlage: 09/SVV/0061
Fraktion Bündnis90/Die Grünen

- 3 Fahrkartenkontrollen im Potsdamer ÖPNV
Vorlage: 09/SVV/0068
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

- 4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0085
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)
Vorlage: 09/SVV/0086
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 6 Anlaufstelle in Potsdam West
Vorlage: 09/SVV/0133
Fraktion SPD

- 7 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE

- 8 Unabhängige Mieterbeschwerdestelle
Vorlage: 09/SVV/0138
Fraktion DIE LINKE

- 9 Marketing und Management für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse
Vorlage: 09/SVV/0171
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 10 Ersatzneubau für das Haus des Reisens durch die PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 09/SVV/0182
Fraktion DIE LINKE

- 11 Taxitarifverordnung
Vorlage: 09/SVV/0190
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 12 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting
Vorlage: 08/SVV/0969
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 13 Einführung Genderbudgeting
Vorlage: 09/SVV/0243
Fraktion DIE LINKE
- 14 Sicherheitspartnerschaft am Schlaatz
Vorlage: 09/SVV/0271
Fraktion DIE LINKE
- 15 Bildung der Stadtteilräte Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und Waldstadt/Schlaatz
Vorlage: 09/SVV/0305
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Die LINKE
- 16 Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015
Vorlage: 09/SVV/0312
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 17 Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur
Vorlage: 09/SVV/0272
Fraktion DIE LINKE
- 18 Mitteilungen der Verwaltung
- 18.1 Bericht über die Abstimmung mit dem Zwangsverwalter der Hiller-Brandtschen Häuser (Breite Straße 8 - 12) bezüglich notwendiger Maßnahmen zur baulichen Sicherung der Gebäude
- 18.2 Bericht zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1
- 18.3 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179
- 18.4 Modus zur Information / Beteiligung der Stadtverordneten bzgl. des Beschlusses zur Sportmehrzweckhalle im Sportpark Luftschiffhafen
DS: 09/SVV/0318
- 18.5 Zusammensetzung der Aufsichtsräte der PRO POTSDAM GmbH und deren Mehrheitsbeteiligungen
Vorlage: 09/SVV/0421
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 18.6 Stand der Diskussion zur Schwimmhalle am Brauhausberg bzw. zum Neubau eines Freizeitbades an einem anderen Standort
beantragt von der Fraktion DIE LINKE
- 19 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 15.04.2009**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Tagesordnungspunkte zurückzustellen:

- Tagesordnungspunkt 2 - Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas, DS 09/SVV/0061 – hierzu besteht noch weiterer Beratungsbedarf im Ausschuss für Bildung und Sport;
- Tagesordnungspunkt 4 - Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam, DS 09/SVV/0085 – hierzu gibt es weiteren Beratungsbedarf in der Arbeitsgruppe;
- Tagesordnungspunkt 5 – Entschädigungssatzung, DS 09/SVV/0086 – hierzu gibt es weiteren Beratungsbedarf in der Arbeitsgruppe;
- Tagesordnungspunkt 7 - Mehr kommunale Verantwortung für Bildung
Vorlage: 09/SVV/0137 – wurde im Ausschuss für Bildung und Sport zurückgestellt;
- Tagesordnungspunkt 12 - Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting, DS 08/SVV/0969 – wurde im Ausschuss für Finanzen zurückgestellt;
- Tagesordnungspunkt 13 - Einführung Genderbudgeting, DS 09/SVV/0243 - wurde im Ausschuss für Finanzen zurückgestellt;
- Tagesordnungspunkt 16 - Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015, DS 09/SVV/0312 - – hierzu besteht noch weiterer Beratungsbedarf im Ausschuss für Bildung und Sport;
- Tagesordnungspunkt 17 - Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur, DS: 09/SVV/0272 – fehlt das Votum des Jugendhilfeausschusses;
- Tagesordnungspunkt 18.4 – Modus zur Information / Beteiligung der Stadtverordneten bzgl. des Beschlusses zur Sportmehrzweckhalle im Sportpark Luftschiffhafen, DS: 09/SVV/0318 - soll zurückgestellt und mit den dazu vorliegenden Anträgen zur nächsten Sitzung der StVV beraten werden.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen die Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 17 aus, weil es darum gehe, einen Prozess zu beschleunigen. Deshalb solle sich in diesem Fall der Hauptausschuss vor dem Jugendhilfeausschuss damit befassen, um eine abschließende Behandlung in der Mai-StVV zu ermöglichen. Das werde auch in anderen Fällen so gehandhabt und sollte hier ebenso

möglich sein.

Der Oberbürgermeister stellt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Scharfenberg zur Abstimmung; er wird mit 7 Nein-Stimmen abgelehnt, bei 4 Ja-Stimmen.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Niederschrift der letzten Sitzung und die Festlegung, zum Stadtteilkonzept „Schlaatz“ Unterlagen auszureichen und Bericht zu erstatten. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass zum Umzug und zum Konzept des Asylbewerberheimes Material vorbereitet sei und ausgereicht werde. Zum Stadtteilkonzept gebe es eine Berichterstattung von Frau Dr. von Kuick-Frenz.

Bezug nehmend auf seine in der letzten Hauptausschusssitzung geäußerten Bitte, zur Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Potsdam Babelsberg zu berichten, verweist der Oberbürgermeister auf die Beschlussfassung im März d. J., so dass der Bericht in der heutigen Sitzung nicht zwingend sei. Auf Rückfrage sagt Frau Dr. von Kuick-Frenz einen Bericht in der nächsten Hauptausschusssitzung zu.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 9. Sitzung des Hauptausschusses vom 15. April 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; die Niederschrift wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Schnellstmögliche Behebung von Brandschutzmängeln an Potsdamer Schulen und Kitas

Vorlage: 09/SVV/0061

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3 Fahrkartenkontrollen im Potsdamer ÖPNV

Vorlage: 09/SVV/0068

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Herr Boede bringt den Antrag ein und betont, dass dieser in die Öffentlichkeit gelangt sei und das Anliegen auch dort diskutiert werde. Er habe sich mit dieser Problematik bereits vor einem halben Jahr an den ViP gewandt, allerdings ohne Erfolg. Trotz der bekannten Probleme mit den Fahrkartenkontrolleuren gebe es keine Erfassung der Beschwerden oder eine Dokumentation der Ereignisse. Dies sei aus seiner Sicht aber zwingend notwendig; zum einen um es überprüfbar zu machen und zum anderen aus haftungsrechtlicher Sicht.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die aktuellen Ereignisse schon Anlass geben, die Aufmerksamkeit darauf zu richten, aber eben nicht nur darauf, denn es gebe auch Übergriffe von Fahrgästen. Diesbezüglich habe der ViP bereits ein Konzept und deshalb werde Herr Exner einen Vorschlag unterbreiten, das Anliegen in die Qualitätsoffensive des ViP aufzunehmen.

Dementsprechend schlägt Herr Exner vor, den ersten Satz durch folgende Textfassung zu ersetzen:

Der Oberbürgermeister veranlasst im Rahmen des Qualitätscontrollings zum Verkehrsleistungs- und –finanzierungsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH, die Überprüfung der Tätigkeit der Fahrkartenkontrolleure, insbesondere die Einhaltung der Beförderungsbedingungen und der Umgangsformen im Rahmen der Kampagne „Mehr Service für Potsdam – sauber, sicher, lebenswert.

Darüber hinaus sollte eine Berichterstattung in der Sitzung der StVV im **Juni 2009 erfolgen, um Ergebnisse präsentieren zu können.**

Herr Schubert schlägt ergänzend vor, die im Ursprungstext enthaltene Zielstellung im Antrag zu belassen – dann sei das ein gangbarer Weg. Ebenso schließt sich Herr Boede dem Vorschlag sowohl von Herrn Exner als auch von Herrn Schubert an, da die konkreten Zielstellungen sehr wichtig seien und es beim ViP kein Beschwerdemanagement gebe. Dem widerspricht Herr Exner nachdrücklich und betont, dass es dieses schon deshalb gebe, weil es die Beförderungsbedingungen einzuhalten gelte. Das selbst dann, wenn der Fahrgast nicht bezahlt habe; denn dann werde die Strafgebühr gleichzeitig als Beförderungsentgelt betrachtet. Deshalb seien die von Herrn Boede genannten Vorwürfe unzutreffend und entschieden zurückzuweisen.

Frau Dr. Müller bittet, in die Prüfung auch das Outfit der Kontrolleure mit einzubeziehen, durch das sich vor allem junge Leute provoziert fühlen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister veranlasst im Rahmen des Qualitätscontrollings zum Verkehrsleistungs- und –finanzierungsvertrag der Landeshauptstadt Potsdam mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH die Überprüfung der Tätigkeit der Fahrkartenkontrolleure, insbesondere die Einhaltung der Beförderungsbedingungen und der Umgangsformen im Rahmen der Kampagne „Mehr Service für Potsdam – sauber, sicher, lebenswert.

Insbesondere soll untersucht werden

- ob Auftreten und Umgangston der eingesetzten Kontrolleure angemessen sind
- ob die eingeräumten Befugnisse überschritten wurden
- ob verstärkt telefonische oder schriftliche Beschwerden von Fahrgästen festgestellt wurden.

Über das Ergebnis sollte die Stadtverordnetenversammlung im Juni informiert werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 09/SVV/0085

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

zurückgestellt

zu 5 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)

Vorlage: 09/SVV/0086

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

zurückgestellt

- zu 6** **Anlaufstelle in Potsdam West**
Vorlage: 09/SVV/0133
Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen und stellt den Antrag zur Abstimmung, da es keinen weiteren Redebedarf gibt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Anlaufstelle für die Koordinierung der vielfältigen Angebote von Initiativen und Vereinen im Stadtteil Potsdam West zu schaffen. Die finanzielle Ausstattung mit Personal- und Sachkosten ist von der Landeshauptstadt Potsdam zu tragen. In diesem Zusammenhang wird die Einrichtung eines Stadtteilbüros favorisiert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

- zu 7** **Mehr kommunale Verantwortung für Bildung**
Vorlage: 09/SVV/0137
Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt

- zu 8** **Unabhängige Mieterbeschwerdestelle**
Vorlage: 09/SVV/0138
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs auf die ablehnende Stellungnahme des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und darauf, dass der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden dem zugestimmt habe.

Frau E. Müller erläutert, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales die rechtlichen Hintergründe mit dem Ergebnis diskutiert wurden, den Antrag abzulehnen. Dies begründe sich in den bereits dafür existierenden Schiedsstellen, um Streitigkeiten zu schlichten sowie die Aufgaben der Mietervereine. Deshalb habe der Ausschuss keine Notwendigkeit dafür gesehen, eine neue Stelle zu schaffen, die darüber hinaus noch eine freiwillige Aufgabe der Stadt wäre. Außerdem sei auch das Eingreifen der Stadt in diese Angelegenheiten sehr fraglich. Dass die Stadt für dieses Anliegen nicht in Pflicht zu nehmen sei, so Herr Dr. Scharfenberg, sehe auch die Fraktion DIE LINKE. Allerdings stehe im Beschlusstext, es sollen „Gespräche geführt“ werden – dazu könne allerdings niemand verpflichtet werden.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der städtischen Wohnungsgesellschaft PRO Potsdam, den in Potsdam ansässigen Wohnungsbau-Genossenschaften sowie dem Mieterbund aufzunehmen mit dem Ziel der Einrich-

tung einer gemeinsamen Mieterbeschwerdestelle. Mieter sollen sich mit Problemen oder Beschwerden in Bezug zu ihrem Mietverhältnis und Wohnumfeld an diese Stelle wenden können. Vertreter von Mietern, Vermietern und Verwaltung sollen dort in gemeinsamer Arbeit nach Lösungen suchen. Den privaten Vermietern, die in Potsdam tätig sind, soll Gelegenheit gegeben werden, sich einem solchen System anzuschließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Juni 2009 ein Zwischenbericht zum Stand der Gespräche zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 8

Stimmenthaltung: 0

Damit wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, den Antrag **abzulehnen**.

zu 9 Marketing und Management für den Integrierten Kultur- und Gewerbestandort Schiffbauergasse

Vorlage: 09/SVV/0171

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister verweist auf den im Ausschuss für Kultur mehrheitlich zugestimmten Änderungsantrag, der den Hauptausschussmitgliedern schriftlich vorliegt.

Die Fraktion DIE LINKE bedauere es, so Frau Dr. Schröter, dass das Personal entsprechend des ersten Vorschlags nicht eingestellt und der Beschlusstext jetzt im Sinne der Verwaltung geändert wurde. Dementsprechend sei das Anliegen durch Verwaltungshandeln bereits erledigt und müsse nicht mehr abgestimmt werden. Allerdings werde der jetzt gewählte Weg lange dauern und sie meine, dass man sich noch wundern werde, wie wenig Marketing und Management man für das zur Verfügung gestellte Geld erhalten werde.

Herr Naber verweist auf die zustimmende Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und das Vorhaben, dafür auch einen externen Sachverständigen zu Rate zu ziehen. Im Weiteren solle aus der Begründung folgende Passage gestrichen werden:

Dennoch ist die strukturelle Unterfinanzierung der Träger unübersehbar. Sie hat zur Insolvenz des Waschhaus e.V. geführt und schränkt die Veranstaltungsintensität aller Träger ein. Die Unterfinanzierung führt bereits zu einem ersten Nachlassen der Strahlkraft des Standortes, nachdem die Nachwendetradition und der Neuigkeitsbonus nach der Sanierung nicht mehr ausreichen.

Anschließend wird die neue Textfassung, die ebenso vom Ausschuss für Kultur mehrheitlich bestätigt wurde, zur Abstimmung gestellt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen konkreten rechtlich-organisatorischen Grundlagen für die Durchführung eines effizienten Managements und Marketings für die Schiffbauergasse zu sichern.

Die Ziele bestehen in der Steigerung der kulturellen und wirtschaftlichen Potentiale des Standorts sowie in der Verstärkung und Steigerung von Einnahmen zur

Entlastung der öffentlichen Haushalte in der Kulturfinanzierung.

Die Realisierung soll **dann über ein wirtschaftliches Unternehmen** erfolgen, **welches eu-weit ausgeschrieben wird. Eine effiziente Einflussnahme und Kontrolle des Unternehmens durch die Landeshauptstadt Potsdam ist vertraglich und strukturell zu sichern.**

Bei allen Aktivitäten ist die kulturelle Individualität der Träger in besonderer Weise zu schützen und zu fördern. Ihre Mitwirkung ist strukturell abzusichern.

Der Stadtverordnetenversammlung sind **voraussichtlich im November 2009** folgende Beschlussgrundlagen vorzulegen:

- eine Beschreibung der Gesamtstruktur, die die Art und Beziehung aller am Standort aktiven Einheiten und vor allem das Ergebnis der Abstimmungen mit den kulturellen Trägern sowie der auf Besucherfrequenz orientierten Gewerbetreibenden einschließt;
- ein Sponsoringkonzept, das eine professionelle Grundlage für die einzuwerbenden Mittel bieten soll

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 4
Stimmenthaltung: 0

**zu 10 Ersatzneubau für das Haus des Reisens durch die PRO POTSDAM GmbH
Vorlage: 09/SVV/0182
Fraktion DIE LINKE**

Der Oberbürgermeister erinnert an seine Zusage in der letzten Hauptausschusssitzung, keine Abrissaktivitäten zuzulassen, was auch nicht geschehen sei. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorgestellte überarbeitete und abgestimmte Fassung, die nach Meinung der Verwaltung genehmigungsfähig sei. Auf Nachfrage bestätigt sie, dass die Verwaltung genehmigen müsse. Herr Dr. Scharfenberg betont seinerseits, dass die Fraktion DIE LINKE daran festhalte, das weitere Vorgehen über einen Wettbewerb begleiten zu wollen.

Daran anschließend stellt der Oberbürgermeister fest, dass einerseits durch die Verwaltung die Abrissgenehmigung zu erteilen sei und andererseits die Frage stehe, was dort nun neu entstehen solle. Er schlägt vor, beides getrennt voneinander zu behandeln und die Abrissgenehmigung zu erteilen.

Zur zweiten Frage gebe es etwas von der Planungswerkstatt, was ein Ansatzpunkt sein könne. Dieser Entwurf aus dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen könne mit namhaften Architekten, dem Ausschuss selbst und den Fraktionen diskutiert und erneut vorgestellt werden. Entscheide man sich für einen Architektenwettbewerb, sei die Ausschreibung und alles weitere mit langen Vorläufen verbunden.

Herr Schröder betont in seinen Ausführungen, dass die Meinung der Fraktion CDU/ANW auch in diese Richtung gehe und der zweite Entwurf ein Schritt in die richtige Richtung sei. Er spricht sich für die Planungswerkstatt aus, weil der vorliegende Entwurf qualifiziert werden müsse und damit die Gelegenheit gegeben sei, konstruktiv „Eigenes“ einzubringen, was allerdings zeitnah geschehen müsse. Ebenso unterstütze seine Fraktion die Sicherung der Kunstwerke.

Auf Nachfrage bestätigt Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass der Rückbau des Gebäudes nur bauanzeigepflichtig und ein diesbezüglicher Antrag am 06. März eingegangen sei. Der Genehmigungsbescheid liege ausgereift vor und beinhalte die Auflage, die Plastiken an den Giebelseiten vor dem Abriss zu bergen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, welchen Grad an Verbindlichkeit die Planungswerkstatt habe, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Ideen im Konsensverfahren entwickelt und dann umgesetzt werden. Herr Schubert betont, dass der Ersatzbau mit der Planungswerkstatt schneller gehe, weniger koste und an Qualität nur gewinnen könne.

Auf einen Hinweis von Herrn Boede Bezug nehmend fragt Herr Lehmann nach, bis wann das Haus leer sei und stellt fest, dass mit der Erteilung der Genehmigung der Abriss noch in der zweiten Maihälfte beginnen könne. Wenn auch die Planungswerkstatt ihre Ergebnisse noch vor der Sommerpause vorstellen könne, gebe es im Bauablauf keine Verzögerungen gegenüber des bisherigen Zeitplans. Herr Müller-Zinsius bestätigt die Angabe von Herrn Boede, dass noch eine Wohnung belegt sei. Dem Mieter seien bereits mehrere durchaus annehmbare Wohnungen angeboten worden; jetzt müsse er auch eines der Angebote annehmen. Frau Dr. Schröter verweist auf die Verpflichtung des Investors, die Kunstwerke zu sichern und den Willen ihrer Fraktion, diese sichtbar bleiben und an dem neu zu errichtenden Gebäude wieder anbringen zu lassen. Das, so Herr Müller-Zinsius, werde nicht möglich sein, weil die Fassade dafür zu klein sei. Als Alternativstandorte seien der Alte Markt 10, die neue Mehrzweckhalle Luftschiffhafen oder der neue Flughafen Schönefeld im Gespräch.

Herr Dr. Scharfenberg sieht Konsens darin, dem Anliegen einer Planungswerkstatt nachzukommen und auch die Kunstwerke zu sichern. Um jetzt nicht an Formulierungen feilen zu müssen, werde seine Fraktion den Antrag in diesem Sinne überarbeiten und zur nächsten Sitzung der StVV am 06.05.09 in geänderter Fassung vorlegen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11

Taxitarifverordnung

Vorlage: 09/SVV/0190

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister führt aus, dass es dazu neue Verhandlungen gegeben habe und die Ergebnisse in die ausgereichten Austauschseiten eingeflossen seien. Der so geänderten Fassung habe der Ausschuss KOUL zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Verordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten im Gelegenheitsverkehr mit den in der Landeshauptstadt Potsdam zugelassenen Taxen – Taxitarifverordnung – der Landeshauptstadt Potsdam

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	4

Einschließlich der in den Austauschseiten enthaltenen Änderungen.

zu 12

Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting

Vorlage: 08/SVV/0969

Fraktion FDP/Familien-Partei

zurückgestellt

zu 13 Einführung Genderbudgeting

Vorlage: 09/SVV/0243

Fraktion DIE LINKE

mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90 (vom Antragsteller übernommen)

zurückgestellt

zu 14 Sicherheitspartnerschaft am Schlaatz

Vorlage: 09/SVV/0271

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es im Zusammenhang mit der wiederholten Zerstörung des Integrationsgartens Diskussionen gegeben habe, wie die Sicherheit am Schlaatz verbessert werden könne. In diesem Sinne wolle der Antrag für Sicherheitspartnerschaften werben – darüber hinaus sei das ein reguläres Instrument, was sich z. B. in der Siedlung „Eigenheim“ bewährt habe.

Frau Kluge verweist in ihren Ausführungen auf die bereits bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Stadt – Polizei – Pro Potsdam/ Wohnungsgenossenschaften. Sie schlägt vor, im September 09 einen Arbeitsbericht über diese Kooperationsvereinbarung und deren Ergebnisse zu geben. Dies, so Herr Dr. Scharfenberg, sei etwas anderes und habe scheinbar keinen so großen Erfolg, wenn man das auf den Integrationsgarten beziehe. Natürlich gebe es auch mit einer Sicherheitspartnerschaft keine Erfolgsgarantie, trotzdem solle man versuchen, die Bürger dafür zu gewinnen. Herr Schubert empfiehlt, die Berichterstattung abzuwarten und den Antrag bis dahin zurückzustellen. „Von oben“ etwas vorzugeben, sei in der Umsetzung immer schwierig - besser sei, wenn etwas von „unten wachse“, so wie in der Siedlung „Eigenheim“. Vielleicht könne der Bericht bereits im Juli 09 gegeben werden, um den Antrag nicht zu lange zurückstellen zu müssen. Darauf Bezug nehmend schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, die Zeit bis zur Berichterstattung zu nutzen und sich zu überlegen, in welchen Formen man eine Sicherheitspartnerschaft abschließen könne. Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, den Bericht im September 09 im Zusammenhang mit dem Umzug des Asylbewerberheims und den damit verbundenen Aktivitäten zu geben.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt darauf hin vor, den Beschlusstext in diesem Sinne zu überarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung am 06.05.09 vorzulegen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 15 Bildung der Stadtteilräte Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und Waldstadt/Schlaatz

Vorlage: 09/SVV/0305

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Die LINKE

Zum vorliegenden Antrag Stellung nehmend betont Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass sich die Räte in der letzten Wahlperiode bewährt hätten und auch weiterhin befördert werden sollen. Seitens der Verwaltung gebe es die Bitte, den vorliegenden Beschlusstext im 2. Satz wie folgt zu ändern:

„...Als Geschäftsgrundlage ist die **modifizierte** Anlage 1 zu beschließen. Die **zukünftigen** Mitglieder und **Berater** sind gemäß der **modifizierten** Anlage 2 zu

benennen.

Herr Schubert schlägt vor, den Beschlusstext in diesem Sinne zu überarbeiten und an die Fraktionen auszureichen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

- zu 16 Schulentwicklungsplan 2009 bis 2015**
Vorlage: 09/SVV/0312
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport

zurückgestellt

- zu 17 Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur**
Vorlage: 09/SVV/0272
Fraktion DIE LINKE
mit Änderungsantrag Fraktion SPD

zurückgestellt

- zu 18 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 18.1 Bericht über die Abstimmung mit dem Zwangsverwalter der Hiller-Brandtschen Häuser (Breite Straße 8 - 12) bezüglich notwendiger Maßnahmen zur baulichen Sicherung der Gebäude**
aus StVV 01.04.

Herr Exner informiert, dass es ausweislich des Grundbuches keine Zwangsverwaltung mehr gebe und damit wieder alle vertraglichen Regeln gelten. Allerdings sehe es nicht so aus, dass man hier öffentlich-rechtlich etwas in Richtung einer Sanierungsverpflichtung machen könne. Auf Nachfrage von Herrn Schröder bestätigt Herr Exner, dass die Vertragsstrafe eingefordert werde.

- zu 18.2 Bericht zur Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Rief von der Firma Steria Mummert, der an Hand visueller Darstellung wesentliche Handlungsfelder und fortzusetzende Wege im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung im Geschäftsbereich 1 aufzeigt. Er geht dabei insbesondere auf die Weiterentwicklung von Steuerungsinstrumenten, wie den Aufbau und die Nutzung eines Controllings, die Definition von Kennzahlen und den Aufbau eines Berichtswesens ein sowie im Weiteren auf die notwendige Professionalisierung der Führungskräfte und eine Kundenorientierung durch bedarfsgerechte Aufgabewahrnehmung. Weitere Schwerpunkte in der Darstellung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung sind die Prozessoptimierung, die Entwicklung von Organisationsalternativen unter Nutzung von Synergien und die Schaffung von Bearbeitungsstandards. Als weitere Schritte werden die Diskussion der Empfehlungen und Grundsatzentscheidungen in den betroffenen Bereichen genannt sowie die Information und Kommunikation von Projektergebnissen, die Umsatzplanung und die Entwicklung einer Feinkonzeption für die Umsetzungsthemen. Herr Exner ergänzt die Ausführungen und verweist auf eine intensive Diskussion dieser Fragen in der Lenkungsgruppe und z. B. mit den Servicebereichsleitern. Die Organisationsuntersuchung sei ein nochmaliger Impuls gewesen, sich mit dem Umges-

taltungsprozess zu beschäftigen, die Führungsarbeit zu professionalisieren und an der Zielstruktur zu arbeiten. Das alles neben dem laufenden Geschäft umzusetzen, sei kaum möglich und deshalb werde es auch weiterhin nicht ohne externe Unterstützung funktionieren.

In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Schröter nach, ab wann der Betrachtungszeitraum beginne und wann die Umsetzung abgeschlossen sei. Wichtig sei es, auch die Mitarbeiter mitzunehmen und deshalb wolle sie wissen, ob es aus den eigenen Bereichen Vorschläge gegeben habe. Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf die Akzeptanz der Untersuchungsergebnisse im eigenen Bereich und speziell die Einschätzung von Herrn Exner zu dieser Frage.

Frau Dr. Müller verweist in ihren Ausführungen auf den dazu gefassten Beschluss der StVV und die darin enthaltene Formulierung, dass der Schwerpunkt dabei die Klärung der Kompetenzen/Verantwortlichkeiten der jeweiligen Führungskräfte sein soll. Dazu gehöre ihrer Meinung nach auch die Frage, wie die Führungsfunktion professionalisiert werden solle. Auch sie fragt nach der Ausgangssituation, die den Parametern zu Grunde gelegt wurde. Darüber hinaus sei den Stadtverordneten ein Zeitplan vorgelegt worden, nach dem im Oktober 2008 mit der Umsetzung der Ergebnisse begonnen werden sollte – das stelle sich jetzt aber ganz anders dar.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie der Oberbürgermeister seine Verantwortung in diesem Rahmen ausgefüllt habe und diese auch weiterhin ausfüllen werde, entgegnet dieser, dass er sich fortlaufend über die Prozesse habe in Kenntnis setzen lassen und sein Büroleiter an den Sitzungen der Lenkungsgruppe teilgenommen habe. In Gesprächen gab es seinerseits sowohl kritische als auch ermunternde Hinweise und die Ergebnisse wurden nicht nur auf den GB 1 reduziert. Auch andere Geschäftsbereiche seien aufgefordert worden, sich damit zu beschäftigen, denn auch hier seien Entscheidungen in diese Richtung nötig.

Bezüglich der nachgefragten Akzeptanz betont Herr Exner, dass er für die Organisationsuntersuchung dankbar sei und sich in der Ausgangssituation viele Mitarbeiter äußern konnten, um die Stellschrauben für Veränderungen und Verbesserungen finden zu können. Bei ihnen und auch bei den Führungskräften sei die Organisationsuntersuchung mit einer ziemlichen Erwartungshaltung verbunden; etwas zu verändern und zu verbessern werde aber ein permanenter Prozess sein. Bezüglich des Zeitrahmens verweist er darauf, dass die mitwirkenden Kollegen schon durch andere Umsetzungsprozesse stark belastet seien und deshalb eine entsprechende Balance gefunden werden müsse, um nicht zu überfordern. Bezüglich der Frage der Bezahlung stellt er fest, dass diese nur soweit möglich sei, wie der Haushalt es zulasse. Herr Rief führt im Weiteren aus, dass im April 2008 der Start erfolgte und die Frage bezüglich des „Endes“ so nicht zu beantworten sei, da die Umsetzung der Empfehlungen unterschiedlich Zeit kosten werde und einen Prozess darstelle. Deshalb wäre eine Terminennung unseriös – er meine, es gehe über das Jahr 2010 hinaus. Bezüglich des Stimmungsbildes sei die Firma überrascht worden, denn das war positiv, aber auch kritisch. Neben der bereits genannten hohen Erwartungshaltung gab es auch eine große Bereitschaft, an dem Prozess teilzunehmen. Für die Professionalisierung der Führungskräfte sei eine sauber durchstrukturierte Aufgabensystematik mit einer gezielten Fortbildung nötig, um den Bedarf zu decken. Funktioniere das mit den vorhandenen Mitarbeitern nicht, müsse in letzter Konsequenz auch über Stellenumbesetzungen nachgedacht werden.

Frau Dr. Müller entgegnet dazu, dass ein hoher Krankenstand, eine hohe Fluktuation und ein dauernder Personalwechsel Bausteine für die Beschreibung der Ausgangsposition seien. Darüber hinaus wolle sie präzisere Angaben zur Finanzierung erhalten, denn die Begleitung der Umsetzung sei nicht Bestandteil der Ausschreibung gewesen.

Herr Rief führt dazu aus, dass der Krankenstand hoch, die Ursachen aber nicht bekannt seien. Die Zahlen liegen über dem normalen Durchschnitt einer Verwaltung, was sich jedoch nicht mit einer Überalterung des Bereiches erklären lasse. Er meine, die Mitarbeiter brauchen eine bessere Orientierung im Rahmen eines Zielplansystems. Herr Exner bestätigt im Weiteren, dass der Auftrag mit dem Soll-Konzept abgeschlossen und für alles darüber hinaus eine Ausschreibung erforderlich sei. So sei seine Aussage bezüglich der externen Begleitung der Umsetzungsprozesse zu verstehen. Im Haushalt 2009 seien 100.000 Euro eingestellt; ein Teil davon für den jetzt laufenden Auftrag.

**zu 18.3 Gemeindezentrum russisch-orthodoxe Gemeinde
gemäß Beschluss: 09/SVV/0179**

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass das Landesamt für Denkmalpflege über das Vorhaben im letzten Jahr mit der Bitte informiert wurde, eine grundsätzliche Stellungnahme dazu abzugeben. Das sei nicht erfolgt, so dass die Verwaltung der russisch-orthodoxen Gemeinde geraten habe, einen Vorbescheidsantrag zu stellen, um damit die Zulässigkeit prüfen zu lassen. Im Weiteren habe der Oberbürgermeister ein Schreiben an das Land gerichtet, mit der Bitte um Stellungnahme. Diesem wurde der genannte Antrag als Anlage beigefügt – eine diesbezügliche mündliche Antwort sei für nächste Woche zugesagt. Der Oberbürgermeister fügt hinzu, dass zur „Puschkinallee“ noch Gespräche laufen und die Finanzierung der dafür anstehenden Bauarbeiten problematisch sei. Herr Dr. Scharfenberg betont in seinen Ausführungen, dass es um die prinzipielle Realisierbarkeit gehe und er meine, dass der Antrag auf einen Vorbescheid hätte früher gestellt werden können. Auf seine diesbezügliche Nachfrage bestätigt Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass das Schreiben mit Datum vom 24.03.09 gefertigt wurde. Herr Dr. Scharfenberg bittet, für die nächste monatliche Berichterstattung die Hauptausschusssitzung am 27. Mai anzuvisieren, um den in Aussicht gestellten Bescheid kommunizieren zu können.

**zu 18.4 Modus zur Information / Beteiligung der Stadtverordneten bzgl. des Beschlusses zur Sportmehrzweckhalle im Sportpark Luftschiffhafen
DS: 09/SVV/0318
aus HA 15.04.
zurückgestellt**

**zu 18.5 Zusammensetzung der Aufsichtsräte der PRO POTSDAM GmbH und deren Mehrheitsbeteiligungen
Vorlage: 09/SVV/0421
Oberbürgermeister, Bereich Teilnehmungsmanagement**

Die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 18.6 Stand der Diskussion zur Schwimmhalle am Brauhausberg bzw. zum Neubau eines Freizeitbades an einem anderen Standort
beantragt von der Fraktion DIE LINKE**

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er seiner letzten Stellungnahme im Hauptausschuss nichts hinzuzufügen habe, außer, dass evtl. ein konkreter Vorschlag bezüglich der Finanzierung und des Standorts noch im Mai vorgestellt werde.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass es Anliegen seiner Fraktion sei, mit diesem Vorhaben nach der allen bekannten Vorgeschichte sorgfältiger umzugehen.

neu

Synopse Asylbewerberheim

Frau E. Müller erklärt die an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereichte Synopse und die darin enthaltenen Maßnahmen, Inhalte, Zeiträume und Teilnehmer. Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert anschließend den bisherigen Werdegang bezüglich des Stadtteilkonzeptes und betont, dass es 2007 – 2012 um die Bestandssicherung und bedarfsgerechte Angebote zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der kommunalen Strukturen gehe. Deshalb müsse das jetzt zu überarbeitende Konzept flexibel gestaltet sein und auf die Bedarfe reagieren. Die Sozialträgerstruktur habe sich emanzipiert und die Führung in der öffentlichen Diskussion übernommen. Deshalb werde man erst die Ergebnisse der Thementische abwarten und diese in das Konzept einfließen lassen. Der letzte Thementisch unter dem Motto „Was hat der Schlaatz – was braucht der Schlaatz“ bilde die Klammer um das Ganze und so werde das Konzept erst Ende September / Anfang Oktober 09 vorliegen. Im Juni gebe es die 2. Stadtteilkonferenz.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er mit der Vorgehensweise nicht einverstanden sei. Mit dem Umzug des Asylbewerberheims hätten sich alle in Verantwortung begeben. Jetzt verändere man ohne Information die Fristen des Umzugs, was nicht ohne Probleme bleibe. Das sei nicht zu akzeptieren, denn das Ganze erfordere einen sensibleren Umgang. Die Begründung, damit Mittel einzusparen, sei dem Vorhaben nicht angemessen. Deshalb müsse man hier die Frage stellen, ob die Bürger ausreichend einbezogen und es gesichert sei, dass Konflikte erst gar nicht entstehen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er „die ständigen Unterstellungen“ seitens Herrn Dr. Scharfenbergs nachdrücklich zurückweise. Die Mitteleinsparung sei nicht der Grund für den früheren Umzug gewesen. Wenn die Voraussetzungen gegeben seien, warum sollte man das dann nicht vollziehen. Ebenso unterstelle Herr Dr. Scharfenberg, dass die Verwaltung die Dinge sich selbst überlasse – auch das ist zurückzuweisen, denn man habe einen verantwortungsvollen Träger vor Ort, so dass jegliche Einmischung gar nicht nötig sei. Was nötig ist, werde vor Ort kommuniziert und er sei froh, dass unter den jetzt neuen Bedingungen das Stadtteilkonzept noch nicht fertig und man damit in der Lage sei, alles Neue mit aufzunehmen. Umzüge seien immer mit Problemen behaftet – das kenne jeder aus dem privaten Bereich – wie solle es erst bei einer so großen Einrichtung sein. Dabei passieren manchmal auch Dinge, die nicht passieren sollten, aber es gebe eben zu wenig geeigneten Wohnraum, was der aktuellen Entwicklung der Wohnungsknappheit geschuldet sei.

Darauf Bezug nehmend erläutert Frau E. Müller, dass in Abstimmung mit dem Asylbereich von den 154 Personen (Stand Abrechnungsliste 08.04.09) 24 Haushalte (39 Personen) auf Grund erteilter Zustimmungen oder nicht erforderlicher Zustimmungen die Möglichkeit haben, Wohnraum anzumieten. Davon haben 15 Haushalte bisher keinen WBS beantragt, von den 9 Haushalten, die einen WBS beantragt haben gibt es bei 7 bereits Aktivitäten in der Wohnungssuche. 4 Haushalte haben z.Zt. laufende Wohnungsangebote, 3 Haushalte haben bereits einen Mietvertrag geschlossen, so dass der Auszug bereits erfolgte oder kurz bevorsteht und bei 2 Haushalten sind bisher kleine Aktivitäten zu verzeichnen.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold, ob die Aussage stimme, dass es seitens der Verwaltung keine Zustimmung zur Gründung von Wohngemeinschaften für Asylbewerber gebe, stellt Frau E. Müller klar, dass es von der Verwaltung dazu keine Vorgaben gebe; hier müsse die Bereitschaft der Vermieter vorliegen und die der Asylbewerber.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert, dass die genannten Informationen „ständig abgeholt“ werden müssten und die Synopse als Tischvorlage ausgereicht wurde. Des-

halb sei es höchste Zeit, mit dem Thema anders umzugehen. Herr Boede geht in seinen Ausführungen auf die Vor- und Nachteile eines schnellen Umzugs von Asylbewerbern ein und meint, man hätte einigen den Umweg über einen erneuten Umzug an den Schlaatz ersparen und sie gleich in Wohnungen unterbringen können. Dabei gehe es nicht darum, dass keine geeigneten Wohnungen zur Verfügung stehen, sondern darum, dass die Stadt die Verfahren schneller abarbeiten und Bescheide erlassen müsse.

(Herr Schröder übernimmt als stellvertretender Vorsitzender die Sitzungsleitung.)

Frau E. Müller verweist auf ein diesbezüglich klares, seit Jahren praktiziertes Regularium, ab wann jemand aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen dürfe. Im Normalfall stellen Haushalte in der AG Asyl einen Antrag auf Unterbringung in Wohnungen. Nach erteilter Zustimmung sollen sie einen WBS beantragen und eigenständig oder mit Hilfe der Beratungsstellen bei den Trägern Wohnungen suchen. Mögliche Angebote werden im Bereich Wohnen auf Angemessenheit geprüft. Die Tischvorlage, so Frau E. Müller, sei erst gestern geschrieben worden und beinhalte den aktuell neuesten Stand. Bereits in früheren Ausführungen wurde der 30.06. als spätestster und der 01.04. als frühester Termin des Umzugs genannt. Auf die Hinweise in der Presse bezüglich der entstandenen Probleme habe sie reagiert – was die Presse dann berichte, könne sie nicht beeinflussen. Im Land Brandenburg sind die Mehrfachbelegung der Zimmer und Durchgangszimmer möglich und laut Träger gebe es keine Zwischenfälle. Die Kommunikation vor Ort müsse der Träger mit seinen Sozialarbeitern führen.

zu 19 Sonstiges

Frau Dr. Schröter fragt nach dem im Potsdam Forum im Zusammenhang mit den Plänen für das künftige Museum dargestellten sogenannten Glasverbinder und dazu möglichen Variationen. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf einen in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen geplanten diesbezüglichen Tagesordnungspunkt, der aber auf die nächste Sitzung verschoben werden musste, da kein Vertreter des KIS teilnehmen konnte.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, den Hinweis von Schulen zu prüfen, dass dort das warme Wasser abgestellt worden sei.